



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Länder, Bund und Kommunen sind für den ÖPNV der Zukunft gemeinsam in der Verantwortung“ (Drucksache 20/255)

Rückenwind vom Land für die Verkehrswende und eine Anschlusslösung

Der Landtag wolle beschließen:

Um Schleswig-Holstein zum ersten klimaneutralen Industrieland zu machen und das Ziel, 2040 klimaneutral zu werden, einzuhalten, ist die Dekarbonisierung des Verkehrssektors von hoher Bedeutung. Der Landtag begrüßt daher, dass die Landesregierung bereits im 100-Tage-Programm die Arbeitsgruppe Klimaschutz gegründet hat, um eine Verständigung über die geplanten Maßnahmenfahrpläne der Ressorts zu erreichen.

Der Landtag stellt fest, dass der Bund mit der Initiative des Entlastungspaketes zur Anschlusslösung für das 9€-Ticket die finanziellen Lasten stark auf die Länder übertragen will. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung in Gespräche über ein Nachfolgemodell eingetreten ist und bittet, diese Gespräche konstruktiv und mit Ziel einer zeitnahen Einführung zu begleiten.

Der Landtag stellt fest, dass die Energiekrise für eine erhebliche Steigerung bei den Betriebskosten des öffentlichen Verkehrs sowie den Investitionskosten bei neuen Infrastrukturmaßnahmen sorgt. Der Landtag kritisiert, dass diese Preissteigerungen bislang keine Relevanz im Bundesentlastungspaket erhalten haben.

Tarifmaßnahmen können ihre Entlastungswirkung nicht ohne entsprechende funktionsfähige Verbindungen des öffentlichen Verkehrs leisten. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich für eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel einzusetzen, um einerseits die gestiegenen Preise und andererseits den ursprünglich im Bundeskoalitionsvertrag verankerten deutlichen Angebotsausbau zu finanzieren.

Begründung:

Die Emissionen im Verkehrssektor werden durch eine gelungene Mischung als Dekarbonisierung der Antriebe und Verlagerung des Verkehrs reduziert. Dabei zeigt der aktuelle Landesnahverkehrsplan bereits, dass die notwendigen Investitionen für eine Verlagerung des Verkehrs erheblich sind. Die Maßnahmen im LNVP waren bereits vor der Energiekrise nicht ausfinanziert.

Durch die jetzige Energiekrise ist der Bedarf nach einer kostengünstigen Alternative zu den hohen Spritpreisen deutlich gestiegen. Gleichzeitig betreffen die steigenden Spritpreise sowie die erheblichen Steigerungen von Materialkosten auch den öffentlichen Verkehr und sorgen für Preissteigerungen, die durch das Land in der vorzusehenden Höhe nicht abzufedern sind. Eine Diskussion über eine Anschlusslösung von subventionierten Pauschaltickets ist daher zwar begrüßenswert, aber nicht ohne einen angemessenen Ausgleich der gestiegenen Betriebs- und Investitionskosten im öffentlichen Verkehr, da sonst die Abbestellung von Verkehren droht.

Lukas Kilian
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion